

NACHRICHTEN

Papst setzte sich für Begnadigung Agcas ein

LES COOMBES: Papst Johannes Paul II. hat sich bei der italienischen Regierung persönlich für die Begnadigung des Attentäters Mehmet Ali Agca eingesetzt. In einem Brief an Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi bat der Pontifex um eine «Geste der Gnade» für den wegen des Papst-Attentates 1981 zu lebenslanger Haft verurteilten Agca, wie der Sprecher des Vatikans, Joaquín Navarro-Valls, am Sonntag im norditalienischen Les Combes bekannt gab. Damit wurde der persönliche Einsatz des Papstes für Agca erstmals offiziell bestätigt. Ciampi hatte der Bitte des Papstes entsprochen und Agca Mitte Juni begnadigt. Dieser war anschliessend an die Türkei ausgeliefert worden, wo er wegen einer anderen Straftat eine Haftstrafe verbüsst und weiterer Defizite angeklagt ist.

Farmen werden an Schwarze vergeben

HARARE: Die Regierung von Simbabwe hat die Vergabe beschlagnahmter Farmen weisser Bauern an landlose Schwarze offiziell eingeleitet. Noch am Wochenende sollten 200 Güter neu verteilt werden, erklärte Vizepräsident Joseph Msika am Samstag in Harare. Er erwartete, dass die Landbesitzer auf Farmen im ganzen Land keinen Widerstand gegen eine Umsiedlung leisteten. Deren Anführer Chenjerai Hunzvi rief aber dazu auf, den besetzten Grund nicht zu räumen. Präsident Robert Mugabe betrieb unterdessen drei Wochen nach seinem Wahlsieg ein neues Kabinett und reduzierte die Zahl seiner Minister dabei um acht.

Bombenexplosion im Zug in Pakistan



KARATSCHI: Mindestens neun Menschen sind am Sonntag bei der Explosion einer Bombe in einem Personenzug in der pakistanischen Stadt Hyderabad getötet worden. Nach Polizeiangaben wurden mehr als zwei Dutzend Menschen verletzt. Nach ersten Berichten war die Bombe in dem zweiten Wagen des nach Karatschi fahrenden Zuges versteckt. Der Sprengkörper explodierte wenige Minuten, nachdem der Zug den Bahnhof von Hyderabad verlassen hatte.

Putin greift in Streit um Raketenstreitkräfte ein

MOSKAU: Der russische Präsident Wladimir Putin hat in den Streit der Militärspitze um die Reform der atomaren Raketenstreitkräfte eingegriffen. Putin habe die beiden Rivalen, Verteidigungsminister Igor Sergejew und Generalstabschef Anatoli Kwaschnin, am Sonntag in seine Residenz in Sotschi am Schwarzen Meer zitiert, meldete die Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf Kreml-Sprecher Sergej Gromow. Bereits am Samstag hatte der Staatschef Sergejew und Kwaschnin im Kreml empfangen und sie aufgefordert, eine gemeinsame Strategie für die Militärreform auszuarbeiten.

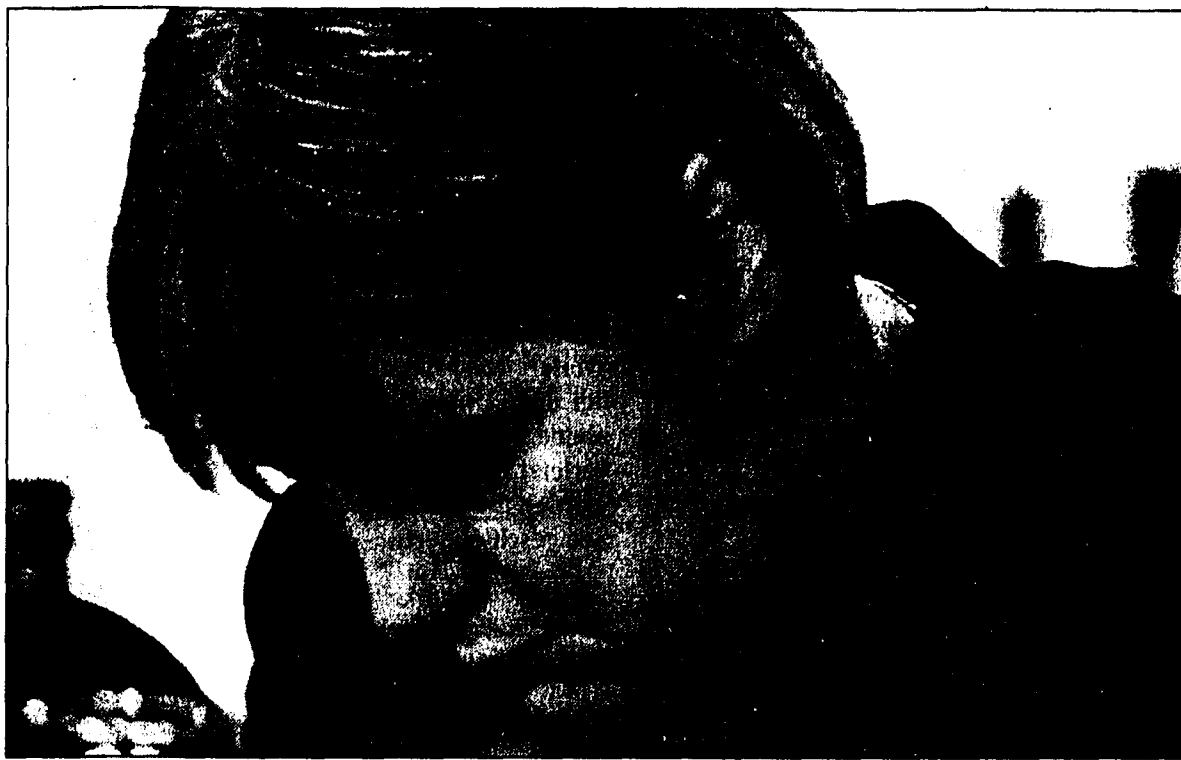
Abschied von Bruder des letzten Königs

OPIENAC: Mehr als 5000 Anhänger des ehemaligen Königs von Jugoslawien haben am Sonntag Abschied von dessen verstorbener Bruder Prinz Tomislav Karađorđević genommen. Gemeinsam mit Angehörigen der königlichen Familie, die vor mehr als einem halben Jahrhundert von den Kommunisten gestürzt worden war, und Vertretern der Opposition kamen sie zur Trauerfeier nach Opienac, der Heimatort des Prinzen. Er war am Mittwoch im Alter von 72 Jahren an Krebs gestorben. Prinz Tomislav war als einziges Mitglied der Königsfamilie aus dem Exil nach Jugoslawien zurückgekehrt, nachdem die Regierung vor rund zehn Jahren die Erlaubnis dazu erteilt hatte. Zuvor hatte er eine Obstplantage in Südengland bewirtschaftet. Sein Bruder, Exkönig Petar, starb 1970 in Los Angeles.

Abermals Millionenstrafe?

Erneut flossen Schwarzgelder in die hessische CDU-Parteikasse

WIESBADEN: Nach dem neu in den Kassen der hessischen CDU aufgetauchten Schwarzgeld droht der Partei ein weiteres Strafgeld in Millionenhöhe. Das schreibt das Parteiengesetz vor. Anfang des Jahres war die CDU wegen illegaler Spendenpraktiken bereits mit einem Bussgeld von 41 Millionen Mark belegt worden. Die hessische CDU-Geschäftsführerin Otti Geschka hatte einräumen müssen, dass die Landespartei seit den 80er Jahren bis in die jüngste Vergangenheit eine Reihe von Barspenden eines von ihr ungenannten Unternehmens von insgesamt knapp einer Million Mark bekommen, aber nicht deklariert hatte. Die hessische SPD kritisierte am Wochenende deshalb den früheren CDU-Landesgeschäftsführer Franz Josef Jung scharf. Im Bild CDU-Generalsekretärin Angela Merkel, die im Moment viel zu grübeln hat. (Bild: Keystone)



Der Weltausstellung droht ein Milliardenloch

Statt 40 Millionen Besucher offenbar nur noch 25 Millionen erwartet

FRANKFURT/MAIN: Die noch bis Ende Oktober dauernde Weltausstellung Expo 2000 in Hannover droht zum Milliardenlocher zu werden. Expo-Generalkommissarin Birgit Breuel räumte am Wochenende im Nachrichtenmagazin «Focus» ein: «Wir werden das Ziel, 40 Millionen Besucher auf die Weltausstellung zu holen, nicht erreichen.» Dem Blatt zufolge rechnet die Expo-Gesellschaft nur noch mit höch-

stens 25 Millionen Besuchern. Damit werde sich das bisher auf 400 Millionen Mark veranschlagte betriebswirtschaftliche Defizit auf etwa 1,6 Milliarden Mark vervierfachen, heisst es in «Focus». Zahlen muss der Steuerzahler, denn für den Fehlbetrag haben dem Bericht zufolge jeweils zur Hälfte die Bundesrepublik und das Land Niedersachsen als Hauptgesellschafter der Expo-GmbH aufzukommen. Die «Neue Presse» in Hannover (Sams-

tagausgabe) berichtete, bei einem Gespräch zwischen Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Landtags und Vize-Generalkommissar Norbert Bargmann sei deutlich geworden, dass ein Fehlbetrag von mindestens einer Milliarde Mark zu erwarten sei. Ein Ausschussmitglied habe sogar ein Defizit von 1,8 Milliarden Mark nicht ausgeschlossen. In diesem Fall käme auf das finanzschwache Niedersachsen eine Nachforde-

rung von 900 Millionen Mark zu. «Für uns als Land ist das nicht tragbar», sagte der Politiker. Die «Sächsische Zeitung» (Dresden) hatte Anfang Juni berichtet, das Bundeskabinett rechne bereits mit zwei Milliarden Mark Defizit. Dies war von einer Sprecherin des Wirtschaftsministeriums aber demontiert worden. Die Darstellung, dass 40 Millionen Besucher kommen würden, hatte von vornherein als überzogen gegolten.

«Finanzoligarch» im Visier

Russland: Ermittlungen gegen Beresowski

MOSKAU: Nach Durchsuchungen bei russischen Grossunternehmen ist auch der einflussreiche «Finanzoligarch» Boris Beresowski wieder ins Visier der Ermittler geraten. Im Fall der Geldwäsche-Ermittlungen bei der Fluggesellschaft Aeroflot, an der er Anteile hält, habe Beresowski fast zweieinhalb Stunden bei der Generalstaatsanwaltschaft ausgesagt, meldete die Nachrichtenagentur Interfax am Sonntag unter Berufung auf Sicherheitskreise. Gegen den angeblich milliarden-schweren Beresowski war im April vergangenen Jahres schon einmal

Haftbefehl erlassen worden. Die Ermittlungen gegen ihn wurden aber später aus ungeklärten Gründen eingestellt. Im Fall Aeroflot will der russische Sonderermittler Wolkow diese Woche in die Schweiz reisen, wo ihm etwa 80 Kisten mit Dokumenten von der Schweizer Justiz ausgehändigt werden sollen. Die Ermittlungen gegen Aeroflot hatten im Januar 1999 begonnen. Dabei geht es um die Veruntreuung von 400 Millionen bis 600 Millionen Dollar aus Auslandsgeschäften der Fluggesellschaft, die über die von Beresowski in der Schweiz gegrün-

deten Finanzgesellschaften «Andava» und «Forum» beiseite geschafft worden sein sollen. Wolkow habe Beresowski bereits am Freitag verhört, meldete Interfax. Unterdessen soll der bisherige Vizestabschef im Kreml, Igor Schabdurassulow, eine mächtige Holding aus den von Beresowski kontrollierten Medien in Russland aufbauen. Dabei geht es um die Vereinigung des halbstaatlichen Fernsehsenders ORT, des privaten Senders TV-6, der Tageszeitungen «Kommersant», «Nesawissimaja Gaseta» und des Journals «Ogonjok» unter einem Dach.

Guerrillaüberfall in Indien

GAUHATI: Bei einem Überfall separatistischer Rebellen auf eine entlegene Ortschaft im Nordosten Indiens sind am Sonntag mindestens zehn Dorfbewohner getötet worden. Wie die Polizei mitteilte, stürmten die mit Macheten, Speeren und Gewehren bewaffneten Kämpfer in der Nacht das Dorf Langparpan, 370 Kilometer östlich von Gauhati. Zur Tat bekamte es sich zunächst niemand. Bei den Opfern handelte es sich um einen Bewohner des Staates Bihar und einen Mann aus dem benachbarten Nepal.

Für eine moderne und offene Schweiz

Bundespräsident Ogi in Grossbritannien - 1. August-Rede vor Auslandschweizern

LONDON: Bundespräsident Ogi hat sich bei einer vorgezogenen Bundesfeier für die Schweizer Kolonie in London für eine moderne und offene Schweizer Aussenpolitik ausgesprochen. Seinen politischen Gegnern sprach er ein Monopol auf den Patriotismus ab.



In seiner Rede vor den in Grossbritannien lebenden Schweizerinnen und Schweizern beschwor Bundespräsident Ogi am Samstagabend die Werte der Schweiz wie Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität. (Bild: Keystone)

In seiner in vier Sprachen gehaltenen Rede vor den in Grossbritannien lebenden Schweizerinnen und Schweizern beschwor Ogi am Samstagabend die Werte der Schweiz wie Demokratie, Föderalismus und Subsidiarität. Dabei ging er auch - ohne Namen zu nennen - auf die Differenzen mit seiner Partei, der Schweizerischen Volkspartei (SVP), ein.

Ogi sprach sich für eine offene Debatte aus, dies sei das Lebenselixier für die Demokratie. Er respektiere andere Auffassungen zur Aussenpolitik und Neutralität. Wer eine andere Meinung vertrete, dürfe nicht als unpatriotisch verurteilt

werden, sagte der Bundespräsident an die Adresse seiner Kontrahenten gemäss Redetext. «Niemand hat das Monopol auf den Patriotismus».

Die Schweizer Aussenpolitik steht für den Bundespräsidenten auf den Pfeilern Offenheit und Bewahrung der Identität. Das eine schliesse dabei das andere nicht aus. In diesem Sinne sprach er sich auch für einen UNO-Beitritt bis 2002 aus. Beobachter sein und Beiträge zu zahlen sei zwar gut, nicht aber genügend.

Bundespräsident Ogi wird Montag mit dem britischen Premier Tony Blair zusammentreffen. Beim Gespräch in der Downing-Street sollen nach Angaben des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die Ratifizierung der bilateralen Verträge, die Sicherheitspolitik sowie die Lage auf dem Balkan angesprochen werden. Am Dienstag kehrt Ogi in die Schweiz zurück.